

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Sozialausschusses am 24.02.2016
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bericht der Jugend- und Drogenberatung Neuss über das Gruppenprogramm KISS	4
3 Bericht zur Flüchtlingssituation Vorlage: FB2/0106/2016	4
4 Berufung der Mitglieder des Seniorenbeirates Vorlage: FB2/0347/2016	5
5 Integrationskonzept für Meerbusch Vorlage: FB2/0357/2016	6
6 Anträge	7
6.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung eines "Runden Tisches" zur Erstellung eines Integrationskonzeptes vom 12. Januar 2016 Vorlage: FB2/0099/2016	7
7 Anfragen	8
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	8
9 Termin der nächsten Sitzung: 7. April 2016	8
10 Verschiedenes	8

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenklied Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Sachkundige Bürgerin

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied Vertretung für Frau Katja Giesen

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied Vertretung für Herrn Gerd Dieter Hünsele

Beratende Mitglieder

Frau Renate Beek Seniorenbeirat Vertretung für Herrn Albert Güllmann

Herr Dr. Lothar Chaillié Behindertenbeauftragter

Frau Natalie Napp Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Wilfried Pahlke Wohlfahrtsverbände

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Bettina Scholten Fachbereich 2

Gäste

Herr Norbert Bläsing

Jugend- und Drogenberatung
Neuss

Frau Susanne Rückheim

Jugend- und Drogenberatung
Neuss

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Katja Giesen

Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünseler

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Albert Güllmann

Seniorenbeirat

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzender Focken die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung des Ausschusses fest.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anliegen vorgetragen.

2 Bericht der Jugend- und Drogenberatung Neuss über das Gruppenprogramm KISS

Herr Norbert Bläsing, Leiter der Jugend- und Drogenberatung Neuss, informiert anhand der als Anlage beigefügten Folienpräsentation ausführlich über die Angebote der Beratungsstelle und die Daten und Fakten bezüglich der Arbeit in Meerbusch. Anschließend beantwortet er die Fragen der Ausschussmitglieder. Bezüglich der Schülerseminare wird angeregt, dieses Angebot, beispielsweise über den Ausschuss für Schule und Sport, nochmals bekannter zu machen, um möglicherweise zu einer höheren Inanspruchnahme zu kommen. Zur Zuständigkeit für den Konsum harter Drogen verweist Herr Bläsing auf die Fachambulanz für Suchtkranke der Caritas in Neuss.

Anschließend erläutert Frau Susanne Rückheim mittels einer weiteren, ebenfalls beigefügten, Folienpräsentation ein für Meerbusch geplantes Gruppenprogramm „Kiss“ zum Erwerb von Kompetenzen im selbstbestimmten Substanzkonsum. Auf Anfrage aus dem Ausschuss wird nochmals verdeutlicht, dass Abstinenz nur eine mögliche Zielsetzung des Programmes sei, im Vordergrund stehe aber der kontrollierte Umgang mit Süchten aller Art. Wichtig seien eine Standortbestimmung der Teilnehmer und die Schaffung eines Problembewusstseins. Nach Abschluss des zwölfwöchigen Programmes sei ein Nachtreffen oder möglicherweise auch die Etablierung einer Selbsthilfegruppe denkbar. Auch eine weitergehende Beratung durch die Drogenberatungsstelle sei möglich. Die Teilnehmer sollen entsprechend den guten Erfahrungen bei vergleichbaren Angeboten über eine Pressemitteilung und die Verteilung von Flyern erreicht werden. Bisher sei es insbesondere bei der ersten Durchführung eines Programmes vor Ort immer möglich gewesen, die gewünschte Teilnehmerzahl zu erzielen. Das Programm soll am 11. April in den Räumen des Jugendzentrums „OASE“ starten.

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes schlägt Vorsitzender Focken vor, zunächst über die Berufung des neuen Seniorenbeirates zu entscheiden, um dann die Tagesordnungspunkte zum Themenkomplex Flüchtlinge im Zusammenhang zu erörtern. Der Vorschlag wird einvernehmlich befürwortet.

3 Bericht zur Flüchtlingssituation Vorlage: FB2/0106/2016

Vor Erläuterung der Informationsvorlage zur aktuellen Situation der Flüchtlinge in Meerbusch, verweist Erster Beigeordneter Maatz auf die anstehende Beratung der Unterbringungssituation am folgenden Tage im Rat.

Er informiert über die aktuelle Zuweisungspause von Flüchtlingen in die Kommunen im Februar und März, die aus der vorrangigen Inanspruchnahme der kreisfreien Städte resultiere, die ihre Quote bislang noch nicht erfüllt hätten. Die Stadt nutze jegliche Informationsmöglichkeit, um bezüglich der zukünftigen Zuweisungssituation auf dem aktuellen Stand zu sein, dennoch könne nicht konkret benannt werden, wann und in welchem Umfang wieder mit neuen Flüchtlingen zu rechnen sei.

In Ergänzung der Ausführungen des Ersten Beigeordneten zu der Situation der unbegleiteten Minderjährigen (UMA) informiert beratendes Mitglied Pahlke über Aktivitäten zur Integration der hier lebenden UMAs in der Christuskirche. In Bezug auf die Schulpflicht der UMAs erklärt die Verwaltung, dass der Schulbesuch sichergestellt werde. Die Zuweisung zu den Schulen erfolge über das Kommunale Integrationszentrum in Zusammenarbeit mit dem Schulamt. Auch die Schulpflicht für das Berufskolleg werde aktuell mit wöchentlich 14 Unterrichtsstunden erfüllt. Der Schulbesuch der Minderjährigen in Anschlussmaßnahmen werde durch die jeweilige Betreuung, dann natürlich am Wohnort der Jugendlichen, wie beispielsweise Krefeld oder Neuss, gewährleistet.

Auf Anfrage aus dem Ausschuss erklärt Erster Beigeordneter Maatz, dass bezüglich des Endtermins der Notunterkunft in der Turnhalle des Mataré-Gymnasiums zunächst der entsprechende Ratsbeschluss am nächsten Tage erforderlich sei. Demgemäß werde man die Bezirksregierung über den Rhein-Kreis Neuss informieren. Die letztendliche Entscheidung über den Endzeitpunkt habe dann die Bezirksregierung zu treffen.

4 Berufung der Mitglieder des Seniorenbeirates **Vorlage: FB2/0347/2016**

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch folgende Vertreter und Stellvertreter in den Seniorenbeirat zu berufen:

Verband / Gruppierung	Vertreter/in	Stellvertreter/in
ZWAR Netzwerk	Elisabeth Schwarz	Hilde Schmitt
ZWAR Netzwerk	N.N.	N.N.
Diakonie Meerbusch	Margret Ruth	N.N.
DPWV	Klaus Mock	N.N.
Meerbuscher Seniorenheime	Ulrich Eichhorst	Jürgen Brake
Arbeiterwohlfahrt	Oswald Hepner	Hanns Bock
Caritas Neuss und Krefeld		
Arbeitskreis 55+	Albert Güllmann	Hubert Kräling

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	6		1
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten	1		
Gesamt:	15		1

Erster Beigeordneter Maatz erläutert kurz die Beratungsvorlage und verweist auf die als nichtöffentliche Anlage zur Verfügung gestellten Lebensläufe der vorgeschlagenen Personen. Darüber hinaus informiert er, dass Frau Rhode (Caritas) sich zwischenzeitlich gegen eine erneute Berufung entschieden habe. In diesem Zusammenhang verweist Vorsitzender Focken auf die Möglichkeit einer späteren Nachbenennung und Berufung von weiteren Mitgliedern. Ferner bedankt er sich bei dem bisherigen Seniorenbeirat für die gute in der vergangenen Amtszeit geleistete Arbeit.

5 Integrationskonzept für Meerbusch

Vorlage: FB2/0357/2016

Beschluss:

Die Behandlung des Antrages der SPD-Fraktion vom 12. Januar 2016 (siehe TOP 6.1) wird bis zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses vertagt. Zu den Beratungen sind Vertreter der in Meerbusch in der Flüchtlingshilfe aktiven Vereine und Wohlfahrtsverbände, des Integrationsrates sowie die ehrenamtlichen Stadtteilkoordinatoren einzuladen. Die eingeladenen Akteure werden gebeten, Vorschläge für die Bestandteile des Integrationskonzeptes zu erarbeiten und darzustellen, welchen Beitrag sie dazu leisten können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Vor Eintritt in die Beratungen regt Vorsitzender Focken an, TOP 6.1 im Zusammenhang mit TOP 5 zu behandeln. Der Vorschlag findet die Zustimmung des Ausschusses.

Zunächst erläutert Erster Beigeordneter Maatz die Informationsvorlage der Verwaltung bezüglich der weiteren Vorgehensweise zur Erstellung und Umsetzung eines Integrationskonzeptes.

Infolge der besonderen Lage seit dem Jahr 2015 müsse man sich der Integrationsarbeit zukünftig noch vertiefter widmen und eine Weiterentwicklung der Integrationsarbeit mit den lokalen Akteuren forcieren. Bei der Verwaltungsvorlage handele es sich neben einer kurzen Darstellung der bisherigen Integrationsarbeit in Meerbusch lediglich um einen Vorschlag und die Beschreibung eines möglichen Beispiels, wie man die Aufgabe angehen könne. Die auf unterschiedlichen Ebenen in verschiedenen Arbeitskreisen und Gremien erarbeiteten Ergebnisse seien abschließend wieder in den unterschiedlichen Fachausschüssen zu behandeln.

Ratsherr Fliege signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zu der seitens der SPD geforderten Einführung eines Runden Tisches zum Thema. Bezüglich der Verwaltungsvorlage sei aber noch unklar, welche Unterstützung beispielsweise hinsichtlich der Bereitstellung von Personal seitens der Verwaltung erwartet werde. Erster Beigeordneter Maatz verdeutlicht daraufhin nochmals, dass die Ressourcen der Verwaltung durch die notwendige Flüchtlingsversorgung gebunden seien. Insofern könne man ein solches Konzept zwar anstoßen, für die Erstellung und Umsetzung seien jedoch zusätzliche Personalressourcen erforderlich.

Ratsfrau Niegeloh kritisiert die Vorlage der Verwaltung als sehr grob skizziert. Ihre Fraktion erwarte zukünftig Vorlagen, deren konkrete Inhalte und Ziele die Politik dazu befähige, Entscheidungen zu treffen. Ferner verweist sie auf die Forderungen der SPD-Fraktion hinsichtlich der Bereitstellung ausreichender Personalressourcen in der Vergangenheit.

Erster Beigeordneter Maatz kann dieser Kritik nicht folgen. Er habe die Ausführung bewusst offen gehalten, da verschiedene Prozesse und Strukturen für die Erstellung als auch Unterschiede für die inhaltliche Ausgestaltung denkbar seien. Er halte es für wichtig, offen und ohne Vorgaben an den Prozess heranzugehen.

Ratsherr Mocka bestätigt die Ausführungen des Ersten Beigeordneten insofern, als man in der Vergangenheit die häufig alternativlosen Ausführungen auch im Hinblick auf fehlende Gestaltungsmöglichkeiten kritisiert habe. Nach Auffassung seiner Fraktion sei allerdings eine maßgebliche Steuerung und Gestaltung durch Politik und Verwaltung erforderlich.

Im Anschluss entwickelt sich eine lebhafte Diskussion über Notwendigkeit und Inhalte eines Integrationskonzeptes. Während CDU- und FDP-Fraktion ein Integrationskonzept zum jetzigen Zeitpunkt für nicht notwendig bzw. verfrüht halten, fordern die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen sowie DIE LINKE und Piraten die Erstellung eines Integrationskonzeptes zur Professionalisierung der Integrationsarbeit und zur Unterstützung sowie auch Entlastung des Ehrenamtes ein. Vorsitzender Focken bringt für die SPD-Fraktion nochmals zum Ausdruck, dass Integration unter Berücksichtigung der ca. 400 bereits hier lebenden Flüchtlinge jetzt und nicht in der Zukunft starten müsse.

Ratsherr Berthold schlägt unter Verweis auf die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses des Kreises am 11.02.2016 vor, ggfs. Synergieeffekte mit dem Kreis oder auch anderen kreisangehörigen Kommunen zu prüfen.

Auf Wunsch der SPD-Fraktion unterbricht Vorsitzender Focken von 19.05 Uhr bis 19.15 Uhr die Sitzung.

Nach erneuter Aufnahme der Beratungen beantragt die SPD-Fraktion die Vertagung ihres Antrages (TOP 6.1) in den nächsten Sozialausschuss.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Focken, soll für die Behandlung des Themas zu einer Sondersitzung des Sozialausschusses am 7. oder 14. April eingeladen werden. Der Vorschlag wird einvernehmlich befürwortet.

[Anmerkung der Schriftführerin: Die Sondersitzung wird am 7. April, 17.00 Uhr stattfinden.]

Im Konsens mit dem Vorsitzenden schlägt Erster Beigeordneter Maatz vor, zu dieser Sitzung Vertreter der in Meerbusch in der Flüchtlingshilfe aktiven Vereine und Wohlfahrtsverbände, des Integrationsrates sowie die ehrenamtlichen Stadtteilkoordinatoren einzuladen. Die eingeladenen Akteure sollen gebeten werden, Vorschläge für die Bestandteile des Integrationskonzeptes zu erarbeiten und darzustellen, welchen Beitrag sie dazu leisten können.

Abschließend erklärt Ratsherr Wartchow, dass er von Herrn Dackweiler, Vorsitzender des Vereins Meerbusch hilft e.V., während der Sitzungsunterbrechung über ein Integrationskonzept informiert worden sei, welches der Verein erarbeitet und der Bürgermeisterin auch bereits vorgestellt hätte. Er schlägt daher den Fraktionen vor, Herrn Dackweiler zwecks Vorstellung des Konzeptes in die Fraktionssitzungen einzuladen.

6 Anträge

6.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung eines "Runden Tisches" zur Erstellung eines Integrationskonzeptes vom 12. Januar 2016 Vorlage: FB2/0099/2016

Siehe Wortprotokoll und Beschluss zu TOP 5.

7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

9 Termin der nächsten Sitzung: 7. April 2016

10 Verschiedenes

Es erfolgen keine Äußerungen.

Meerbusch, den 2. März 2016

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Bettina Scholten
Schriftführer/in